



MEHR WOHNUNGEN

FÜR BONN!





BONN WÄCHST, WEIL ES ARBEIT UND LEBENSQUALITÄT BIETET.

Wir wollen das Wachstum gestalten, damit die Wohnkosten nicht weiter steigen. Wohnen muss auch für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen bezahlbar bleiben. Niemand soll mehr als 30 % des verfügbaren Einkommens für Miete ausgeben müssen.

Wir sind überzeugt, dass zusätzliche Wohnungen und Klimaschutz sich nicht gegenseitig ausschließen.

Durch geeignete Maßnahmen wie Dach- und Fassadenbegrünung und eine parallele Ausrichtung der Baukörper an Frischluftschneisen kann ein Ausgleich geschaffen werden, der Wohnungsbau und Klimaschutz vorbildlich miteinander verbindet.





BONNER BAULANDMODELL SCHÄRFEN – SOZIALE MISCHUNG FÜR BONN

Unser Ziel ist die Schaffung von 30% Sozialwohnungen und weiteren 20% mietregulierten Wohnungen in allen Bonner Stadtteilen. So stellen wir bei mindestens der Hälfte aller Wohnungen sicher, dass diese für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen auch langfristig bezahlbar bleiben. Die Quote soll zukünftig bereits für Bauprojekte ab sechs Wohnungen und nicht wie bisher ab 25 Wohnungen gelten.

VEBOWAG BELEBEN

Die städtische Wohnungsbaugesellschaft Vebowag soll jedes Jahr mindestens 300 Mietwohnungen fertigstellen. Dafür stellt die Stadt Grundstücke in Erbpacht zur Verfügung. In den zurückliegenden Jahren musste die Vebowag keine Zwangsdividende an die Stadt ausschütten. Wir setzen uns dafür ein, dass dies so bleibt und wollen diese Verpflichtung auch grundsätzlich streichen.

STÄDTISCHES EIGENTUM STÄRKEN

Die Stadt soll von bestehenden Vorkaufsrechten Gebrauch machen, zusätzliche Wohnungen ankaufen und preisgünstig vermieten. Städtischer Grund soll nicht mehr verkauft, sondern vorzugsweise in Erbpacht vergeben werden.

KONZEPTVERGABE – QUALITÄT VOR PREIS

Neben Wohnungen soll die Stadt auch Grundstücke (zum Beispiel des Bundes und des Landes NRW) ankaufen und diese an die Stadtentwicklungsgesellschaft übergeben, um sie zur Baureife zu entwickeln. Im Rahmen der Konzeptvergabe soll den Zuschlag für eine Bebauung erhalten, wer das beste Konzept vorlegt. Dabei sind günstige Mieten, die Unterstützung von bestimmten Zielgruppen wie Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende, Studierende und Menschen mit Behinderungen sowie Genossenschaften und andere gemeinwohlorientierte Organisationen besonders zu berücksichtigen. Um auch mehr barrierefreien Wohnraum zu schaffen, sollen bei größeren Wohnungsbauprojekten besondere Wohnangebote wie Demenz-WGs oder generationenübergreifendes Wohnen umgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass niedrige Mieten durch die gesetzlich maximal mögliche Bindungsdauer sichergestellt werden. Das heißt, dass die Mieten erst nach Ablauf dieser Bindungsdauer frei erhöht werden dürfen.



URBANE NACHVERDICHTUNG – MAßVOLL UND NACHHALTIG

Die Stadt Bonn verträgt mehr Urbanität. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Neubauprojekten künftig eine höhere Bebauung als die Umgebungsbebauung ermöglicht wird. Auch bei Bauprojekten im Bestand wollen wir eine Aufstockung über die Höhe der umliegenden Gebäude hinaus zulassen. Da es in unserer Stadt kaum Brachflächen gibt, müssen auch bisher unter ihrem Potential genutzte Grundstücke besser für den Wohnungsbau genutzt werden: So sollten einstöckige Supermärkte aufgestockt, Parkplätze überbaut und ausreichend große Innenhöfe mit Wohnbau nachverdichtet werden.

MODERNISIEREN OHNE MIETERHÖHUNG

Wir wollen dafür sorgen, dass die Stadt Mieter*innen und Vermieter*innen gut über alle Fördermöglichkeiten bei Umbau, Erweiterung oder Modernisierungen informiert. Mieterhöhungen werden so verhindert. Durch eine Erhaltungssatzung zum Milieuschutz wollen wir verhindern, dass Menschen durch Modernisierungsmaßnahmen aus ihren Wohnungen herausgedrängt oder Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt werden. Dazu muss ein städtisches Vorkaufsrecht festgeschrieben werden, wenn Gebäude zum Verkauf angeboten werden.

LOCKERUNG DES PKW-STELLPLATZSCHLÜSSELS

Kein Ausbau einer Dachgeschoss- oder Souterrainwohnung soll in Zukunft an fehlenden PKW-Stellplätzen scheitern. Für die Stadt Bonn soll eine Stellplatzsatzung gelten, die die Anzahl der zu schaffenden Stellplätze auf ein Minimum begrenzt werden, für Souterrain- und Dachgeschosswohnungen soll die Pflicht zur Schaffung von PKW-Stellplätzen ganz entfallen. Fahrradstellplätze sollen außerdem PKW-Stellplätze ersetzen können.





ZWECKENTFREMUNG VON WOHNRAUM STOPPEN

Damit Wohnraum nicht beispielsweise als Ferienwohnung zweckentfremdet wird, muss die geltende Zweckentfremdungssatzung verschärft werden. Ausnahmen sollen nicht mehr zugelassen werden. Damit die Verwaltung die Einhaltung überprüfen kann, sollen in diesem Bereich neue Personalstellen eingerichtet und besetzt werden.

BELEGUNGSRECHTE FÜR DIE STADT

Um kurzfristig mehr Menschen in geeigneten Wohnungen unterbringen zu können, soll die Stadt bei privaten Eigentümer*innen für den Ankauf von Belegungsrechten werben. Die Belegungsrechte sollen für einen Zeitraum von mindestens dreißig Jahren angekauft werden.

DIENT- UND WERKWOHNUNGEN BAUEN

Bei der Ansiedlung neuer Arbeitsplätze müssen zusätzliche Wohnungen berücksichtigt werden. Die großen Bonner Arbeitgeber*innen, einschließlich des Bundes, sollen für Dienst- bzw. Werkwohnungsbau gewonnen werden. Dafür sollen Anreize für Arbeitgeber*innen geschaffen und diese für das Problem des fehlenden Wohnraums sensibilisiert werden.



INFRASTRUKTUR MUSS MITWACHSEN

Wo neue Wohnungen entstehen, muss die Infrastruktur mitwachsen: Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Kindergärten, aber auch eine gute Anbindung an Bus und Bahn müssen geschaffen werden.

BAU- UND PLANUNGSVERWALTUNG STÄRKEN

Bauvorhaben und die damit verbundenen Verwaltungsverfahren müssen viel schneller abgewickelt werden. Dafür soll die Verwaltung mit zusätzlichem Personal verstärkt werden.

PROJEKTSTELLE „BEDARFSGERECHTES WOHNEN“

Die Fachstelle „Bedarfsgerechtes Wohnen“ soll permanent eingerichtet werden, um die im wichtigen Projekt „Wohnen und Inklusion“ angestoßene interdisziplinäre Arbeit weiterzuentwickeln. Zentral soll neben der Vernetzungsarbeit auch die Akquise von speziellem Wohnraum für Menschen mit besonderen Bedarfen sein, die seitens der Verwaltung auch durch finanzielle Anreize an Vermieter*innen verstärkt werden soll.



PLATZ FÜR IHRE NOTIZEN:

BILDQUELLEN

- Seite 1 Vebowag/Benedikt Frings-Neß (links oben/rechts oben), Shutterstock (links unten), Studierendenwerk Bonn (rechts unten)
- Seite 3 Shutterstock
- Seite 4/5 Vebowag/Benedikt Frings-Neß
- Seite 6 Vebowag
- Seite 7 Shutterstock
- Seite 8/9 Vebowag
- Seite 10 Shutterstock

*DIESER FLYER DARF NICHT FÜR WAHLKAMPFZWECKE
VERWENDET WERDEN*

SPD-FRAKTION IM RAT DER STADT BONN

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Altes Rathaus, Markt 2, 53111 Bonn
spd.ratsfraktion@bonn.de



www.spd-bonn-im-rat.de



Gedruckt auf 100% Recyclingpapier